

Er scheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.  
pro Quartal.  
Monats-Abonnement  
à 54 Pf.  
Werden bei allen deutschen Buchhändlern  
auf den 1. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen.  
Inserate  
letz. Veranlassungen pro Zeitsp. 10 Pf.  
letz. Privatangelegenheiten und feste pro  
Zeitsp. 30 Pf.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen  
nehmen an alle Buchhändler und Buchhandlungen des In- und Auslandes.  
Hilf-Expeditionen.  
Rem. Post: Mr. Franz Joubert, 177 Elm  
Str. corner Broome. — Dr. Germ. Wigdor,  
346 West — 37 Str.  
Philadelphia: E. Doh, 208 North  
2nd Street.  
J. Bell, N. E. box Charlotte & George Str.  
Hoboken N. J.: J. H. Sarge, 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: H. Kaufmann, 74 Clybourn Ave.  
San Francisco: J. Eng, 418 O'Farrell Str.  
London W.: W. H. Bellman, 37 A Prin-  
cess Str. Leicester Squ.

Nr. 51.

Freitag, 3. Mai.

1878.

## Congress der Sozialdemokraten Deutschlands! Parteigenossen!

Wie seit mehreren Jahren regelmäßig, so wird auch in diesem Jahre ein Congress der Sozialdemokraten Deutschlands zu Gotha, und zwar vom 15. bis 18. Juni, stattfinden.

Die Erfahrungen, welche die Gesamtpartei im Laufe der letzten zwölf Monate gemacht hat, die Wünsche, Hoffnungen und Pläne, welche sich an den heutigen Stand der Partei knüpfen — sie alle zusammen müssen vor dem Forum der Gesamtpartei zur Erörterung gelangen, müssen geprüft werden, um zu ermitteln, in wie weit dieselben auf die Fortentwicklung der Partei im kommenden Jahre bestimmend einwirken sollen. Wir erwarten deshalb, daß Ihr den Congress, der das erwähnte Forum ist, zahlreich besichtigt, vor allem aber, daß Ihr über ihn in Euren Versammlungen diskutiert, seine Tagesordnung einer eingehenden Besprechung unterzieht und die Ergebnisse Eurer Beratungen in Congress-Anträgen zusammenfaßt.

Zutritt zu dem Congress haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt wurden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congress Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorstehenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimieren; außerdem ist es nötig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten E. Derossi, Hamburg, Holzdam 42, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt.

Die vorläufige Tagesordnung des Congresses lautet:

- 1) Bericht des sozialistischen Centralwahlcomités Deutschlands über die Parteitagitation in den letzten zwölf Monaten;
- 2) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten über ihre Reichstagsarbeit;
- 3) Beratung über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staats- und Gemeindebetrieb;
- 4) die sozialistischen Organisationen und die Agitation;
- 5) die Parteipresse.

Anträge zum Congress sind spätestens bis zum 3. Juni an Derossi zu senden, falls sie auf die definitive Tagesordnung des Congresses gesetzt werden sollen.

Der Congress beginnt am Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, um seine Constatuirung noch am selben Abend vorzunehmen. Das Congresslokal wird nächsten bekannt gemacht. Die Versendung der Mandat-formulare erfolgt binnen 14 Tagen. Hamburg, 30. April 1878.

Das sozialistische Centralwahlcomité  
Deutschlands.

G. W. Hartmann. F. Brach. A. Geib. E. Derossi.

## Nach Paris! Nach Paris! —

So erklang 1871 der deutsche Kriegsruf und man ruhte und rastete nicht, bis die deutschen Krieger in der stolzen Seinestadt ihren Einzug gehalten hatten. Nach Paris, nach Paris! so rufen einladend jetzt die Franzosen, doch verhält sich die deutsche Industrie, die deutsche Erwerbsthätigkeit trauernd da, weil man ihr verboten hat, der Einladung nachzukommen. Das Schwert herrscht im deutschen Reiche, nicht Weiß und Pfingstschaar. —

Als Fürst Bismarck im deutschen Reichstage vom Bundesrathstische aus im Februar 1876 den Sozialdemokraten zurief, daß sie hauptsächlich die Schuld hätten an dem Niedergange der deutschen Industrie, da ahnte er wohl nicht, daß er, den Herr Valentin vor einer direkten Antwort im Reichstage schünte, schon bald eine thatsächliche Antwort durch die Weltausstellung von Philadelphia erhalten würde.

Mit Schärfe und Logik bewies jener große friedliche Wettkämpfer der Nationen, daß der Schwindel und die Unreifeität der deutschen Unternehmer die deutsche Industrie an den Rand des Abgrunds gestürzt habe.

Die sozialdemokratische Presse hat seiner Zeit die Weltausstellung zu Philadelphia und die Erscheinungen, welche auf derselben zu Tage traten, eingehend besprochen; sie hat es nicht an scharfen Ausfällen gegen die Schädiger der deutschen Interessen fehlen lassen, sie hat energische Warnungen und Rathschläge ertheilt — doch ungehört verhalten dieselben.

Und als im Herbst desselben Jahres Frankreich seinen Willen kund that, dahin, daß im Jahre 1878 in Paris eine Weltausstellung stattfinden solle, da waren wir es besonders, welche diesen Vorschlag mit Freuden begrüßten, weil wir glaubten, es würde sich keine schönere Gelegenheit finden, um unsern „Erbfeind“ zum wirklichen „Erbfreund“ zu machen, als ein friedlicher Massenbesuch an den gastlichen Gestaden der Seine. Wir waren sogar vertrauensvoll genug, um Berlin als nächsten Ort für eine Weltausstellung vorzuschlagen.

Doch wir hatten die Rechnung ohne die wohlwollende deutsche Reichsregierung gemacht, welche den „genialen“ Beschluß faßte, die Weltausstellung zu Paris durch das „deutsche Reich“ nicht zu bescheiden.

Und welche Gründe gab man für diesen Beschluß an? Der Nationalhaß mußte herhalten, welcher es leicht in Paris zu unliebamen Reibereien bringen könnte; gerade als ob man den liebenswürdigen Charakter und vor allen Dingen den Nationalstolz der Franzosen, die eine Verunglimpfung ihrer Gassen nimmermehr zugelassen haben würden, nicht gekannt hätte?! Dann auch meinte man, daß die deutsche Industrie sich erst wieder von der Niederlage zu Philadelphia erholen müsse, ehe

sie einen neuen Kampf annehmen könne. Gerade als ob bei solchen Gelegenheiten der Verzicht auf den Kampf nicht noch schmählicher wäre, als eine Niederlage! Der herrschende Militarismus aber hält es unter seiner Würde, an den friedlichen Großthaten der Nationen theilzunehmen — Weltausstellungen überläßt man deshalb den „Krämerpölkern“.

Doch geben wir den eigentlichen Grund an, welcher die deutsche Reichsregierung leitete, den unseligen Beschluß der Nichtbetheiligung zu fassen. Man sah, daß in Frankreich das wirtschaftliche Leben bedeutend blühender war, als in dem siegreichen, milliardenverwachten Deutschland; die geplante Weltausstellung sollte dieses Leben noch mehr emporbringen. Dies gefiel dem Sieger auf dem Schlachtfelde nicht. Anstatt durch rasche industrielle Thätigkeit, durch Herabminderung des Militarismus, durch freie Entwicklung des Volkslebens dem reicheren Frankreich gegenüber um die bessere Siegespalme zu ringen, glaubte die deutsche Reichsregierung, ihr Beschluß genüge, die Weltausstellung überhaupt unmöglich zu machen. Die orientalische Frage drohte; die Betheiligung der Türkei war in Frage gestellt; dem gegenwärtigen sauberen „Erbfreund“ würde ein Wink genügen; Italien war unentschlossen, ebenso Schweden und Dänemark.

Man glaubte also einen Triumph zu feiern. Doch man traue den „Erbfreunden“ nicht. Das industrielle Weltleben beherrschen außer Frankreich vorzugsweise England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Beide Staaten aber gaben sofort ihre Einwilligung zu erkennen, die Pariser Weltausstellung zu bescheiden. Damit war die Sache entschieden.

Das mußte die deutsche Reichsregierung wissen. Hier half kein Eigensinn. Italien, Schweden, Dänemark gaben auch binnen kurzer Zeit zustimmende Erklärungen ab. Spanien, Portugal, Holland und Belgien waren schon vorangegangen, und selbst unser „Erbfreund“ reichte grinsend unserm „Erbfeind“ die schmutzige, mit Blut besudelte „Brüderhand“. Alle außer-europäischen Völker rüsteten sich gleichfalls, das große internationale Friedensfest zu besuchen.

Nur die Türkei ist behindert worden, nur das „deutsche Reich“ hat sich selbst behindert. Der tödtlich Besiegte und der glanzvolle Sieger lie befinden sich in derselben Lage. Deneidenswerthes Deutschland! —

Und wie stürmisch wieherten die nationalliberalen und conservativen Zeitungen dem Beschlusse der Reichsregierung ihre Zustimmung zu; wie priesen sie diesen Beschluß als weise und vom nationalen Geiste getragen! Auch sie glaubten, das verhaßte Frankreich noch weiter zu demüthigen dadurch, daß die Weltausstellung überhaupt nach solchem Beschlusse ins Wasser fallen würde. Fast allein war es die sozialdemokratische Presse, welche weiter blickte — sie sah in dem Beschlusse der deutschen Reichsregierung einen industriellen Selbstmord, einen Nord begangen an dem Wiederaufblühen unseres Wohlstandes, einen Nord an der Entwicklung unserer Kultur.

Mit Hohn behandelte man uns damals, die Regierung und ihr Prekhanhang waren sich ihres Erfolges sicher; man spottete, so wie über uns, über die Warner, so auch über die verfehlte Weltausstellung selbst.

Je näher aber der Eröffnungstag, der 1. Mai 1878, heranrückte, desto länger wurden die Gesichter der leitenden und durch den Erfolg geleiteten Persönlichkeiten in Deutschland. Ein Bedauern über den unseligen Beschluß der deutschen Reichsregierung geht jetzt selbst durch diejenigen Zeitungen, welche damals den eben gefassten Beschluß für das non plus ultra genialer Staatsweisheit priesen.

Aus der „verfehlten“ Weltausstellung entpuppt sich nämlich das glanzvollste, großartigste Völker-Rendezvous, welches die Welt jemals gesehen hat. Und zum Aerger unserer deutschen Staatsweisen gestaltete sich auch die Betheiligung der offiziellen Vertreter der Nationen zu einer außerordentlich glänzenden. Der Kronprinz des mächtigen Reichs der Welt, der königliche und kaiserliche Prinz von Großbritannien und Indien, der in Zukunft über ein Reich herrschen wird, in welchem die Sonne nie untergeht, dann sechs Könige und ein Duzend königliche und kaiserliche Prinzen, ein ganzes Schloß Fürsten und Herzoge, eine große Anzahl außerordentlicher Staatsbevollmächtigter, sie erscheinen in dem geschmückten Paris, in der „leuchtenden Hauptstadt der Welt“ — und nur die deutsche Reichsvertretung bleibt im Schmolzwinkel sitzen, nicht genannt in dem hundertköpfigen Sprachengewirr, bald schon vergessen, gleichwie die deutsche Industrie, das Aischenbrödel unseres Vaterlandes, während die wohlgeputzte Diplomatie und der rothe, aufgeblasene Militarismus ihre Orgien feiern dürfen.

Daß in letzter Stunde noch die „deutsche Kunst“ nach Paris geschickt worden ist, das macht die Sache noch schlimmer, da das Arrangement immerhin in rasender Eile geschehen mußte, und deshalb der erwünschte Erfolg nicht erzielt werden kann.

Jetzt möchten die liberalen Zeitungen alle Schuld auf die Reichsregierung schieben, jetzt reden sie, wie zum Beispiel der „Hannoversche Courier“, von einer „vorübergehenden Verstimmung“, von der damals die Reichsregierung befallen gewesen sei; jetzt sagen sie, daß ein solcher Entschluß nur möglich gewesen sei, weil sich damals, wie bei manchen anderen Gelegenheiten, eine bedauerliche Unselbstständigkeit der öffentlichen Meinung geltend gemacht habe. — Während Selbstkenntniß! Wer hat denn diese Unselbstständigkeit großgezogen? Hauptsächlich die liberale Presse, welche immerwährend in allen Tonarten sang: „Was Bismarck that, ist wohlgethan!“ Und wenn darüber die Welt zu Grunde zu gehen drohte, die liberale Presse hätte bauchdrückend in eifriger Selbsterblendung weiter gesungen.

Nun beklagt, da der Erfolg auf der andern Seite ellotant und weithin sichtbar ist, diese selbe Presse aber den bismarcki-

schen Entschluß, die Pariser Weltausstellung nicht zu bescheiden, daß es nicht wohlgethan sei, und macht die deutschen, von ihr zur Unselbstständigkeit erzeugten Philister für diese Unselbstständigkeit verantwortlich! —

Wir wollen ob solchen jämmerlichen Schauspiels nicht triumphiren und höhnen — unser tiefstes Bedauern über den Schlag, der der deutschen Industrie und den deutschen Arbeitern verfestigt wird, sprechen wir aus — es übersteigt alle anderen Empfindungen.

Und nur den einen Trost haben wir: Deutsche Arbeiter reisen nach Paris, sie werden empfangen von französischen Arbeitern. Sie werden sich erzählen von dem Brüderband, welches die Völker der Erde umschlingen muß, wenn das Glück und der Friede einziehen soll bei den Menschen; sie werden sich erzählen, wie die Arbeiter haben und drüben des Rheins an diesem Brüderband mit Umsigeltigkeit weben und schon ein großes Stück fertig gebracht haben. Sie werden sich scheidend die Hände reichen und Treue geloben, sie werden versprechen, die Idee der Völker-verbüderung, die Idee der Menschenliebe, des Friedens und der Freiheit und Gleichheit hinzutragen in alle Kreise und Schichten der Bevölkerung.

Trotz Reaktion und Nationalhaß, den man künstlich zu Ruh und Frommen der herrschenden Klassen schürt, wird also aufgepflanzt die rothe Fahne der Brüderlichkeit.

Herrn von Bismarck aber sind wir trotz seines scharfen Angriffs auf uns im Februar 1876 dankbar dafür, daß er nachträglich der Frage: „Wer hat Schuld an dem Niedergange der deutschen Industrie?“ eine so deutliche Illustration gegeben hat.

## Zum Vorschlag der Gründung einer Partei-Bibliothek.

H. L. Der in der Ueberschrift genannte Vorschlag in Nr. 21 des „Vorwärts“ a. e., der an sich schon die allergrößte Beachtung und möglichst rasche Durchführung verdient, giebt mir die Anregung, über eine demselben eng verwandte Sache, die mir schon lang im Sinne liegt, hier einige unmaßgebliche Worte zu sprechen.

Jener so überaus vernünftige Vorschlag hat nämlich meines Erachtens nur den einen Fehler, daß er viel zu bescheiden auftritt und lange nicht weit genug geht. Ich meine, es müßte, unbeschadet einer großen Centralbibliothek, an jedem Orte, wo die Partei zahlreich genug ist, eine solche Bibliothek zur allgemeinen Benutzung angelegt werden.

Ich habe den gänzlichen Mangel derartiger Einrichtungen an den meisten Orten schon lange sehr bedauert. Erst vor kurzem erfuhr ich zu meiner Ueberraschung, daß selbst in Berlin mit seinen Myriaden Sozialisten noch nichts derartiges existirt.

Auch dort, wo, meist in Verbindung mit Arbeiterbildungsvereinen, solche Bibliotheken bereits bestehen, wird ihnen viel zu wenig Bedeutung beigelegt, sind sie auf viel zu kleinem Maßstab eingerichtet, sind sie viel zu schwer zugänglich, ist der Kreis derer, die sie benutzen, viel zu klein.

Die große Nützlichkeit derartiger Institute aber liegt auf der Hand. Heute ist Jeder, der sich über unsere Prinzipien gründlicher unterrichten will, ausschließlich darauf angewiesen, sich die gesammte einschlägige Literatur anzuschaffen. Wie viele können das aber? Die vielen Portemonnaie's sind nun einmal etwas spärlich unter uns. Die Folge ist: Es bleibt zum großen Theil bei oberflächlichen, mehr auf Hörensagen als auf eigenem Studium gegründeten Kenntnissen des Sozialismus.

Und doch ist möglichst gründliches Bekanntwerden des Volkes mit allen politischen und sozialen Wissenschaften, d. h. möglichst hohe politische Bildung des Volkes die unerlässliche Vorbedingung unserer Erfolge. Was uns vor Allen, Allem noththut, ist Wissen, Wissen, Wissen!

Jenem oben erwähnten Mangel wäre mit der Errichtung möglichst reichhaltiger Parteibibliotheken abgeholfen. Mit diesen Bibliotheken müßten Lesezimmer verbunden sein, in welchen nicht nur alle Parteiblätter und Zeitschriften, sondern auch die hauptsächlichsten Organe der andern Parteien aufliegen.

Es ist von großem Werth, daß wir, die Masse der Partei, nicht ewig bloß die Parteiblätter zu Gesicht bekommen, sondern auch andere Stimmen hören, damit wir so statt zu bloßem Nachbeten immer mehr zu selbständigem politischen Urtheil befähigt werden. Nur so können wir uns allmählig zu wahren Bürgern eines freien Volksstaats heranbilden. So lange wir nicht selbst denken, selbst urtheilen lernen, bleiben wir doch nur die große Schaafherde, welche Farbe immer auch die Weithämmel haben mögen, denen wir folgen.

Würden an diese Lesezimmer, wie das ja so nahe liegt, Restaurationen angeschlossen, so könnte allein schon aus der Pacht, die ein Unternehmer für solch ein gewiß gut frequentirtes Lokal zahlen würde, die Anschaffung der Bücher zc. bestritten werden, so daß die Bibliotheken uns gar nichts kosten würden, sondern nur aus dem Profit hergestellt werden könnten, den wir heute den verschiedenen „Kneipiers“ zutragen.

Dabei könnten, besonders wenn sich die Sache erst eingebürgert, die Clublokalitäten gewiß bedeutend schöner und eleganter, Essen und Trinken daselbst viel besser und wohlfeiler sein, als dies in den gewöhnlichen Kneipen, in denen wir uns heute herumdrücken, der Fall ist.

All diese Vortheile entsprängen der Macht der Assoziation. Was jeder Einzelne für sich nicht kann, das können alle vereinigt. Es ist doch seltsam, daß wir, die wir das große Prinzip der Assoziation zur Welt Herrschaft führen wollen, es selbst noch so wenig angewandt haben. Fangen wir mit dem So-

zialismus doch bei uns selber an! Und jene Institute wären ein Stück echten Sozialismus.

Die große geistige Anregung und gewissermaßen praktische Bildung und Erziehung, den der fleißige persönliche Verkehr der Parteigenossen an solchen Sammelpunkten mit sich brachte, braucht nur angebetet zu werden. Ebenso wie sich Unterrichtsstunden aller Art in diesen Vereinsräumen abhalten lassen.

Auch wie dem „Lokalmangel“ für Versammlungen, Vereinsfeste u., an welchem jetzt so viele Orte in Folge des Polizeifiebers der Wirthe leiden, durch die Schaffung solcher eigenen Parteilokale gründlichst abgeholfen würde, liegt auf der Hand.

Ich zweifle nicht, daß sich die letztern eines fleißigen, stetig wachsenden Zuspruchs der Genossen erfreuen würden. Ich kenne z. B. gleich Eimen, der, wenn in dem Städtchen, wo er lebt, ein solches Institut errichtet würde, sofort Stammgast des Besizers werden, auch sich verpflichten wollte, behufs Erzielung einer möglichst hohen Pacht, recht viel Bier zu trinken. Er würde sich sagen: du trinkst ja nur für das Wohl der Menschheit!

Man wird einwenden, die Sache sei viel zu vernünftig und anständig, als daß die Chikanen von der gewissen Seite ausbleiben könnten. Nun, um so besser. Die neuen Institute würden damit ihren Zweck nur um so ausgiebiger erfüllen: Zur Verbreitung unserer Prinzipien beizutragen.

Ich schließe. Von heute ab morgen kann so etwas ja nicht durchgeföhrt werden. Aber ich meine, daß allerorts mit Ernst und Eifer an die Sache herangetreten werden sollte. Dieselbe kann meines Erachtens in ihrem Werth gar nicht überschätzt werden.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Noch immer ist der Faden der Diplomatie nicht abgerissen; das heißt, eigentliche Unterhandlungen finden nicht mehr statt, nachdem der „eheliche Makler“ mit seinem Projekt der beiderseitigen Zurückziehung der Streitkräfte so klägliches Fiasko gemacht — aber der Faden wird von den Herren Diplomaten noch immer hin- und hergeschoben. England besteht auf seiner, vor vier Wochen scharf und deutlich formulirten Forderung der Vortage des ganzen Vertrags von S. Stefano und rüft mit Macht, um, falls Rußland nicht vollständig nachgibt, zu geeigneter Zeit und an den geeigneten Punkten mit Macht loszuschlagen zu können. Entweder vollständiges Nachgeben Rußlands oder Krieg — das ist und bleibt das Dilemma. Daß eine so furchtbar gespannte Situation nicht lange andauern kann, liegt auf der Hand. Rußland verliert bei einem solchen Frieden so viel Menschen und Geld wie im Krieg, während England, das allerdings besser zuwarten kann, ein Lebensinteresse daran hat, die Entscheidung zu treffen, ehe der Türken-Kußland sächlich des Balkan gedämpft und die türkischen Festungen in Europa und Asien den Russen überliefert sind.

Die Nachricht, daß General Todleben zum Oberbefehlshaber der russischen Balkan-Armee ernannt worden — an Stelle des jammervollen Bischofs Großfürst Nikolaus — scheint auf kriegerische Entschlüsse zu deuten. Indeß, die Chancen Rußlands sind England gegenüber so ungünstig, daß wir, ehe die Kanonen im Ernst zu donnern begonnen haben, an der Möglichkeit festhalten, das siegreiche Rußland werde doch noch unter dem Caubinischen Joch der englischen Bedingungen hindurchmarschieren. — Inzwischen ist der muslimänische Aufstand in rapidem Wachsthum begriffen. Nach den letzten Berichten ist es den Insurgenten sogar gelungen, ein russisches Lager bei Philippopol zu überumpeln und den Russen 4 Kanonen und 1000 Gefangene abzunehmen. Man sieht belläufig an der Kraft, welche das türkische Element hier entwickelt, über welche Hüfquellen die Pforte verfügt — besessene Hüfquellen, von denen Gebrauch zu machen die europäische Diplomatie ihr nicht erlaube.

— Wie in allen Zeiten der politisch-sozialen Zersetzung und Fäulnis macht jetzt das Denunziantenthum sich überall breit; das Gefühl der Ehre und Scham geht verloren und Menschen, die unter normalen Verhältnissen vor einem Angeber ansprechen würden, treiben selber das schmutzige Handwerk. Die Zahl der Privatdenunziationen wächst in erschreckender Weise; kein Tag vergeht, an dem uns nicht ein derartiger Fall genannt würde. Einen recht häßlichen finden wir in den Berliner Blättern vom vorigen Sonntage. Wir lesen da: „Eine im

halben Rauche gethane Aeußerung brachte dem Kaufmann T. gestern vor der heftigen Deputation des Criminalgerichts eine empfindliche Strafe ein. T. sah mit mehreren Bekannten am 19. Juli v. J. im Rathskeller und nach reichlicher Libation äußerte er im Laufe des Gesprächs mit lauter Stimme, er habe auch schon öfter Einladungen vom Hofmarschallamt erhalten, denselben aber nie Folge gegeben, weil er es nicht für eine besondere Ehre halte, mit einem Potentaten an einem Tische zu speisen. Ein am Rebenstische sitzender Herr erklärte sofort, wegen dieser Bemerkung den Strafantrag stellen zu wollen, und auf seine Anzeige war T. gestern unter der Anklage der Majestätsbeleidigung vorgeladen. Die bestimmten Aussagen zweier Zeugen brachten den Angeklagten dermaßen in Aufregung, daß er dem Denunzianten nach der Vertheidigung zurief, er sei ein Meineidiger und ein Lügner, was ihm einen neuen Prozeß einbringen wird. Das Urtheil des Gerichtshofs gegen T. lautete auf zwei Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.“ Warum nannten die Blätter nicht den Namen des dunkeln Ehrenmannes, damit man, bei etwaigem Zusammentreffen mit ihm, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln treffen kann.

— Das Angebot von Unteroffizieren wächst in Deutschland täglich, weil die Arbeitsnoth sich noch im Steigen befindet. Ein trauriges Zeichen, welches den Nothstand recht scharf darstellt. Die produktive Arbeit giebt ihre besten Kräfte an die unproduktive Arbeit ab, da das Soldatenhandwerk gegenwärtig lohnender ist, als diejenige Arbeit, welche der Menschheit Nahrung, Kleidung und Genuß schafft.

— Der nationalliberale württembergische Reichstagsabgeordnete Wirth ist vor einigen Tagen wegen falscher Verkündung zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Entgegen unserer früheren Mittheilung, daß die Diktatorlosigkeit den Mann zu solcher Handlung getrieben, wird mitgetheilt, daß Herr Wirth sich in sehr guten p.ämiären Verhältnissen befände. Desto schlimmer!

— Der Strike in Lancashire dehnt sich immer mehr aus; die Zahl der Ausstehenden übersteigt jetzt 50,000. In vielen Fabriken wird entweder noch unterhandelt, oder sind die Kündigungsfristen noch nicht abgelaufen. Wenn der Strike in dem ganzen Bezirk, über welchen er sich erstreckt, allgemein wird, was zu erwarten, dann sind 120,000 Arbeiter mit ihren Familien — zusammen wenigstens 300,000 Menschen — erwerbslos. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, den „Streit“ von einem Schiedsgericht entscheiden zu lassen, die Fabrikanten haben jedoch das Anerbieten, das ihnen nicht in den Kram paßt, abgelehnt. Der Strike ist, wie wir früher schon ausgeführt, für sie ein Geschäft; was liegt ihnen daran, daß Hunderttausende von Menschen dadurch in's Elend gerathen? Die hungernden Arbeiter mögen sich trösten mit der „Harmonie der Interessen“. Ob sie von derselben satt werden?

— Der furchtbaren Hungersnoth in Nordchina gegenüber sind alle Mittel unzureichend und es ist eine nach Millionen zählende Bevölkerung rettungslos dem Untergang geweiht. „An diesem Nationalunglück, bemerkt nicht etwa ein sozialistisches Blatt, sondern die „Bärch. Freitagssitzg.“, ist bloß das Umhauen der Wälder schuld, wodurch gänzlicher Wassermangel erzeugt wurde.“ Die Wälder sind nur des „Geschäfts“ wegen umgehauen worden. — Die sozialistische Forderung, daß Grund und Boden, besonders auch die Wälder Gemeineigentum werden sollen, damit nicht durch den Privateigenthum das Volk zu Grunde gehe, findet durch solche Vorkommnisse eine berechte, wenn auch traurige Unterstüzung.

— Im Gefängnis gestorben. Die „fortschrittliche Berliner Correspondenz“ schreibt über den Tod unseres Genossen Dentler: „In ihrer unerschöpflichen Fürsorge für das Wohl aller Klassen der Bevölkerung ist die preussische Staatsregierung eifrig darauf bedacht, auch den Sozialdemokraten immer neues, wirksames Agitationsmaterial an die Hand zu geben. Da werden Versammlungen aufgelöst, weil dem überwachenden Commissar das Arrangement der Tische und Stühle nicht gefällt, da sieht man Alles, was man unter keinen besonderen Strafgesetzbuchparagrafen bringen kann, als einen „groben Unfug“ an, und so sind die Behörden unermüdet und unerschöpflich im Erfinden

von keinen Hilfsmitteln zur Hebung und Stärkung der sozialdemokratischen Propaganda. Aber mit den kleinen Mitteln allein ist es nichts gethan. Von Zeit zu Zeit sind kräftigere Mittel nöthig, und auch für diese wird geforgt. Ein Redakteur der sozialdemokratischen „Berliner Freien Presse“ ist, wie wir bereits gemeldet haben, am Mittwoch Abend als Untersuchungsgefangener in der Charité zu Berlin gestorben. Es war ein Mann in der Blüthe seiner Jahre, ein Jüngling fast, es war der fünfundschwanzigjährige Paul Dentler. Zu einundzwanzig Monaten Gefängnis war er verurtheilt, das Urtheil war noch nicht rechtskräftig geworden, denn noch steht die Entscheidung der Appellations-Instanz aus, aber Dentler wurde in „Untersuchungshaft“ oder eigentlich in Präventivhaft gehalten. Es half ihm nichts, daß er unter Berufung auf seine Krankheit seine vorläufige Entlassung verlangte, es durfte nicht die leiseste Möglichkeit gestattet werden, daß der Sünder der Strafe für sein Verbrechen entgehe, welches hieß: Majestätsbeleidigung. Freilich entzog er sich tückisch durch den Tod der wohlverdienten Bestrafung, aber dagegen ist leider noch kein Strafgesetzbuchparagraf gewachsen; man müßte das Verbrechen höchstens unter die weiten Fittige des § 360 nehmen und als groben Unfug mit 15 M. Strafe belegen. Durch das Land aber werden die sozialdemokratischen Antonius-Reden noch lange donnern und der todte Dentler wird für die Sozialdemokratie weit mehr Anhänger werben, als es der lebende jemals gekonnt hätte. Vergebens werden liberale Blätter daran erinnern, daß die Krankenbehandlung in der Charité eine sorgfältige ist, eine bessere vielleicht, als sie Redacteurs eines sozialdemokratischen Blattes, die doch gegen eine ärmlische Entschädigung der Partei ihre Kraft widmen, sich zu verschaffen vermögen, daß Dentler den Keim der Krankheit ins Gefängnis mitgebracht, daß sein Uebel auch sonst vielleicht unheilbar war. Das mag Alles richtig sein. An der Thatfache aber, daß ein Mann im jugendlichen Alter von fünfundschwanzig Jahren gestorben ist als „Untersuchungsgefangener“ in der Präventivhaft für ein „politisches Vergehen“, an dieser Thatfache ist nichts zu ändern, und sie ist erfüllt von einer so unwiderstehlichen, so ergreifenden Stimmung, daß mit allen Commentaren nicht leicht dagegen anzukämpfen ist. Fruchtbarer als der glänzendste Wahlsieg ist für die Sozialdemokratie der Tod Dentler's, und sie wird es unseren Richtern nach Jahren noch danken, daß sie ihm verholten haben, zu sterben im Gefängnis!“

Wir freuen uns über diese Notiz der fortschrittlichen Presse, die ja im Allgemeinen recht verständig ist, aus welcher aber der Reiz unverholten hervordrückt.

## Letztes Wort

an Herrn Pfarrer Jager über die Motive des Sozialismus. (Von F. R.)

Es ist nicht gerade leicht, einem Einwurf ernsthaft entgegenzutreten, wenn die Natur des uns Eingeworfenen zeigt, daß der Gegner sich mit allem Möglichen befaßt hat, nur nicht mit einer Widerlegung unserer Aufstellungen. Und doch muß man dies zuweilen versuchen, um beim schwachen Gegner nicht den gerade von ihm leicht gehegten Verdacht aufkommen zu lassen, man unterlasse eine Widerlegung nur deshalb, weil man nicht entgegen könne, und um ihm nicht die Möglichkeit zu lassen, mit diesem Verdacht bei Anderen gegen uns Kapital zu schlagen.

Will man Antworten auf seine Fragen haben, Herr Pfarrer, so ist doch vor allem nöthig, sich zu fragen, ob denn diese Fragen vernünftig sind, ob sie von richtigen Gesichtspunkten ausgehen und überhaupt die Möglichkeit einer Antwort zulassen, ob sie richtig angeordnet sind, so daß die eine natürlich aus der vorhergegangenen folgt. Jeder Angriff ist aber eine Frage an den Gegner, auf die derselbe entweder durch Zurücknahme oder durch Abwehr antworten soll. Der Angriff in Ihren Thesen beschuldigte uns, wie ich ihn auffassen möchte, wir stellten unsere Forderungen unter Berufung auf eine utopische Gleichheit der Menschen, wir bauten auf intellektuellen und sittlichen Irrthümern der Masse unsere Erfolge auf u.

Ich suchte Ihnen zu zeigen, daß wir nicht von dem Begriff der Gleichheit, sondern dem der Rechtsungleichheit ausgehen; und daß von der Anwendung dieses Begriffs auf die faktischen Ver-

\*) Mit Veröffentlichung dieses „letzten Wortes“ erklären wir die Diskussion für geschlossen. R. d. „S.“

## Wochenschau.

Von Dr. Max Trausil.

Die beiden Prinzipale des europäischen Theaters, die Herren Bismarck und Gortschakoff, sind erkrankt. Schicksal, nicht Weisheit ist das Thun der Sterblichen, sagt Plutarch, und so geht denn auch die Weltuhr ohne die „Weisheit“ dieser beiden Sterblichen ruhig weiter. Vor einigen Tagen telegraphirte der russische Votschafter Schumalow von London nach Petersburg: „La guerre probable, la paix possible“ (Der Krieg wahrscheinlich, der Friede möglich). Dieses haarspaltende Drakel ist die Signatur der Woche. Die englischen Waffenfabriken arbeiten sogar am Sonntag (bisher unerhört im frommen Albion), und Rußlands Schwierigkeiten mehren sich. Zum stillen Leistretter am Krankenpfehl, dem Typus, gestellt sich die Insurrektion in Rumelien. Die neue Landesadministration nach Tschernastys's Schablone drückt den Moslems und Pomaks (zum Islam bekehrte Bulgaren) die Spitze in die Hand, und so haben sie sich, durch drei versprengte Bataillone Suleiman Pascha's auf 25,000 Mann angewachsen, am Fuße des Rhodope-Gebirges 30,000 Russen gestellt, eine sehr fatale Diversion im Rücken der Russen. Die Türken besetzen die Linie Bujaldere-Tschortu sowie Gallipoli trotz der Einsprüche der Russen, und nach den Proviant-Nationen, die täglich von Konstantinopel abgehen, aber wahrscheinlich von England beschafft werden, zu urtheilen, verfügen sie über 135,000 Mann. Wenn sie, auf die englische Flotte gestützt, loszuschlagen, ist der Rückzug der Russen auf Adrianopel unvermeidlich. Vergebens bemüht sich der deutsche Vermittler, einen Schlagbaum zwischen den Gibären und den Balken einzuschleichen. England will den Krieg, denn ganze Regimenter indischer Spahis melden sich zur freiwilligen Mitwirkung am Kriege, und Rußlands Flotte ist zu unbedeutend, um den Suezkanal zu sperren, namentlich wenn Frankreich nichts dagegen hat. Und dabei im „heiligen“ Rußland kriecht die nihilistische Flamme trotz der neu errichteten Gerichtshöfe für „politische Verbrechen“ oder vielleicht eben deshalb, lustig weiter fort. Das geknutete Czarenreich liefert den klarsten Beweis, daß kein Staat trotz Zollschranken und Sibirien sich absperrern kann gegen die Ideen, welche seit 1789 die Welt bewegen. Gute Gedanken sind eben, wenn nun einmal geboren, dann auch unsterblich. Die russische Niedertracht glaubte ungestraft den Grundjag „Macht geht vor Recht“ als oberste Staatsreligion in die Gemüther einprägen zu dürfen und hat sich selbst den Nader erzogen. Wjersa Saffulisch ist zwar wieder hinter Schloß und Riegel gebracht worden, angeblich um wegen eines

Formfehlers vor eine andere Jury gestellt zu werden und der Reichsgeneral Trepow ist nach einem rührenden Abschied vom Czaren nach Odesa abgereist, aber — Exempla trahunt. Eine blutigere Satyre ist den Russenfreunden diesseits der Weichsel noch niemals in ihr elastisches Gewissen gravirt worden. Der Nihilismus dürfte nicht bei den zahmen Reformen des schwindlichen Liberalismus stehen bleiben, deshalb rüft sich auch schon „Väterchen“ zur Abreise ins Ausland — für die Dauer des Sommers? Während er sich zu Concessionen an England zu entschließen scheint, läßt er seine Schnapskelben auf Bularest los und stellt seinem Freund und Bundesgenossen Carlsden das Ultimatum: „Entweder Schutz und Truhbündniß oder Entwaffnung der rumänischen Armee“, denn die Verfassung der Donaufürstenthümer reizt ihn zur Wuth wie einen Stier ein rother Lappen. Daß man die russische „Ehlichkeit“ in Bularest zu würdigen weiß, geht daraus hervor, daß der Credit foncier seine Kassenbestände von Bularest nach Krajowa überfährt und die Ministerialarchive über die österreichische Grenze in Sicherheit gebracht werden.

Soeben bringt die Wiener „Neue freie Presse“ ein „authentisches“ Telegramm von London folgenden überraschenden Inhalts: „Graf Münster machte Ramens des deutschen Reichskanzlers den Vorschlag eines förmlichen Schutz- und Truhbündnisses zwischen Deutschland und England zur dauernden Sicherung des Weltfriedens. England verhielt sich dem Bismarck'schen Vorschlag gegenüber ziemlich ablehnend. Marquis of Salisbury setzte dem Grafen Münster auseinander, daß schon die Rücksicht auf Frankreich der englischen Regierung die größte Vorsicht zur Pflicht mache. Frankreich stimme gegenwärtig vollständig der Politik Englands bei, und ein englisch-deutsches Bündniß könnte nur das größte Mißtrauen Frankreichs erwecken.“ Wenn diese „authentische“ Nachricht nicht eine Ente ist, die im Geflügelhof an der schönen blauen Donau ausgebrütet wurde, dann sind wir auf die Gliederverrenkungen der Berliner Dementis neugierig. John Bull lacht sich ins Häutchen und schreit höhnisch über den Kanal herüber: „Abgeblüht, eheliche Makler!“ So weit haben es die „Mächte“ gebracht, daß sie sich ratzen, aber nicht helfen dürfen.

Wann findet die alte Jungfer Europa einen Arzt, der es versteht, „ihr ewig Weh und Ach aus einem Punkte zu curiren?“ Pandel und Wandel ist durch die Unsicherheit der politischen Lage gelähmt, und das Volk seufzt unter dem Joch des bewaffneten Friedens.

## Schlimme Krankheit.

Demokratisch ist das Schicksal, Denn es padt Gewalt'ge, Große; Gortschakoff liegt schwer im Fieber, Bismarck leidet an der „Rose“.

Und Andraffy, der Berühmte, Wird vom Schwindel oft befallen, Diekraeli, gleichfalls leidend, Ist der Stärkste noch von Allen.

Seltzam — diese Kranken Männer Wollen heilen die Nationen, Woll'n zur Ader ihnen lassen, Mit Granaten und Kanonen!

Wollen die Gesunden opfern Auf des Schlachtfelds blut'gem Plane — Solche Kranke sind befallen Von dem Kriegs-Entzündungs-Wahne.

Dieser Wahn, die schlimmste Krankheit, Er bestiel die Diplomaten Neuerdings und ach, die Böller Sind darum sehr schlimm berathen.

Doch sie mögen sich ermannen, — Eh' sie selbst in Lazarethen Liegen, mögen sie die Kranken Sorgsam lieber dahin betten.

Mögen sie mit Suppen nähren, Und gar strenge stets bewachen, Daß es ihnen nicht gelinge, Weltenbrände zu entfachen.

— Ein saubrer Patron. Dem bankrotten Harmoniedoktor Dirich konnte es selbstverständlich nicht annehmlich sein, daß ihm nebst seinen fortschrittlichen Kollegen im Reichstag der Cabaret seines stammeslichen Zwillingbruders Franz Dander unter die Nase gehalten wurde. Selbstverständlich schimpft Max in seinem „Gewerksverein“ nach Herzenslust über Diebstahl, der ihm diese Unannehmlichkeit bereitet. Und

hältnisse des heutigen Lebens einerseits, auf die Grundlagen des Sozialismus andererseits, die ganze Frage nach unserm Recht oder Unrecht abhängt. Die Idee der Rechtsgleichheit der Menschen ist bei der Mehrzahl der Menschen in Fleisch und Blut übergegangen. Sie selber, unser Gegner, erkennen sie mit Empfinden an. Hierin stehen wir also auf gleichem Boden.

Halten wir diese Forderung der Rechtsgleichheit miteinander fest, so haben wir zunächst zu fragen: Ist diese Forderung denn auch tatsächlich erfüllt? Auch hier erkennen Sie mit uns tatsächlich an, daß dies nicht der Fall ist. Die Forderung ist ja aber ein Ideal, das sich nie ganz erfüllen lassen mag? Ich will einen solchen Einwand gelten lassen. Aber ich muß, Herr Pfarrer, ich muß, wenn es mir mit jener Forderung ernst ist doch fragen: Ist wenigstens der Boden, die Vorbedingung vorhanden, die Verwirklichung der Forderung prinzipiell möglich zu machen? Diese Frage müssen Sie sich stellen, wie ich, und von der Beantwortung derselben hängt alles ab.

Antworten Sie: „Ja“! so zeigen Sie, daß die jetzige Gesellschaftsordnung prinzipiell auf Gerechtigkeit ruht, und daß nur Bosheit und Schlechtigkeit von Einzelnen die Mangelhaftigkeit von Einzelrichtungen ihrer vollkommenen Wirksamkeit hindernd im Wege steht. — Dann reichen wir uns die Hand zur Reform.

Wenn Sie aber „Nein“! antworten, dann ist eine neue, Gerechtigkeit wenigstens ermöglichte Gesellschaftsorganisation notwendig, oder wir müssen jenes von uns aufgestellte Prinzip der Rechtsgleichheit und damit der Gerechtigkeit aufgeben.

Um diese einfachen Konsequenzen dürften Sie nicht herumkommen. Ein Nichtbeachten derselben würde aber naturgemäß auf einen Boden führen, auf dem Sie wie ich behaupten und widerlegen könnten, was wir wollten, ohne daß wir unserm Ziel um einen Schritt näher kämen. Sind Sie aber, wie ich, von der Notwendigkeit überzeugt, daß wir in unserm Denken nicht von willkürlichen, sondern von tatsächlichen, in der Natur der Sache liegenden Grundlagen auszugehen haben; halten Sie wie ich nur ein solches Denken für recht und ehrlich — so, Herr Pfarrer, gehen Sie doch einmal auf diese Grundlagen ein, wenn dieselben gleich „nicht neu“ sind.

Sie wissen, daß die Forderung der Rechtsgleichheit eine nicht mehr zu zerstörende Grundlage unseres öffentlichen Bewusstseins bildet. Die vergangene Periode und die Mehrzahl der heutigen Gesellschaft aber glaubt, daß durch die formale Gleichstellung vor dem Gesetz dieser Gedanke der Rechtsgleichheit prinzipiell verwirklicht sei. Ist er das, Herr Pfarrer, dann haben Sie Recht, dann befinden wir uns in einem „intellektuellen Irrthum“, um auf Ihre Terminologie einzugehen, und damit werden sich notwendig auch moralische Irrthümer vereinigen. Wollen Sie uns also diese nachweisen, so müssen Sie vor allen Dingen die prinzipielle Verwirklichung jener Rechtsidee in unserer heutigen Gesellschaft beweisen.

Dazu haben Sie aber nicht einmal einen Versuch gemacht. Wir aber glauben, und das bildet somit den logischen Ausgangspunkt für unsere Bestrebungen, daß diese Rechtsidee weder tatsächlich noch prinzipiell verwirklicht ist, ja daß nicht einmal die bloße Möglichkeit vorliegt, sie ohne eine fundamentale Aenderung unserer Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Dies zu zeigen, führte ich einige prägnante schablonenhafte Beispiele an, an denen sich die prinzipielle Ungerechtigkeit unserer Gesellschaftsordnung in einfachen Grundzügen klarlegt. Ich füge denselben noch ein neues hinzu, welches Ihnen dasselbe Prinzip der Rechtsgleichheit des Nichtbesitzenden gegenüber dem Besitzenden von einer andern Seite zeigt.

Denken Sie sich zur Veranschaulichung nur eine kleine Zahl von Menschen, etwa 10,000, unter denen das Prinzip des Privateigentums und der freien Konkurrenz bei formeller Freiheit und Rechtsgleichheit aller gilt. Das sämtliche Eigentum an Grund und Boden, wie an Produktionsmitteln sei in der Hand von 1000 Personen, die übrigen 9000 können aber begreiflicher Weise nicht produzieren, also nicht leben ohne Produktionsmittel. Andererseits ist es aber ganz in das Belieben der Besitzenden gestellt, ob sie Jenen die Benutzung der Produktionsmittel gestatten wollen. Wollen sie nicht, so bleibt den 9000 oder einem Theile derselben nichts übrig als: Betteln, Stehlen, Verhungern. — Sollte das nicht höchst klar sein? Sollte bei einer solchen Einrichtung von Gerechtigkeit prinzipiell auch nur die Rede sein können? Gerechtigkeit ist hier zum Ausnahmefall geworden, sie hängt vom guten Willen des Einzelnen

selbstverständlich entsteht er die Thatsachen in der verlogenen Weise. Zum Beispiel erwähnt er gar nicht, daß Viehweid bloß auf einen durchaus unprobieren Angriff replizierte, daß das Recht der Rothwehre und der erlaubten Jägerschikane ausübte. Kein Wort von den Ungezogenheiten des „Collegen“ Richter. Das charakterisiert unser Märchen. Wäre es eine ernsthafte Person, so würden wir ihm ein „Pfiu“ zurufen.

— Colossale Ausschneiderei. In Nr. 18 des „Staatssozialist“ veröffentlicht der bekannte Hopsprecher Stöder eine Rede, in welcher er folgendes behauptet: „In Berlin verlangte ein Schleifer für das Schleifen von zwei Küchenmessern 2 1/2 Thaler.“ — Wer solche Ausschneiderei glaubt, bleibt ein Thaler. Preiler aber und „Männer der Wahrheit“, wie Stöder sich und seine Freunde nennt, sollten doch eigentlich glaubwürdiger lägen können. Was aber sagt Professor Adolf Wagner zu einem solchen Kollegen?

— Der bekannte Commerzienrath Borzig in Berlin ist vor einigen Wochen gestorben. Derselbe hinterläßt ein colossales Vermögen, trotzdem sein Vater noch vor 40 Jahren Zimmergeißel war. Man berechnet, daß Borzig 4000 Locomotiven gebaut und an jeder in der guten Zeit 5000, später 3000 Thaler verdient. Wenn man den Durchschnittsverdienst mit 2500 Thaler annimmt, so gibt dies ein Vermögen von 10 Millionen Thaler oder 30 Millionen Mark. Das Vermögen, das in Werken, Effekten und Landgütern steht, wird auf 50 bis 60 Millionen Mark veranschlagt. — Uebrigens war Herr Borzig das Delbrück'sche „Geheimniß unserer Zeit“ wohl bekannt. Nach einer Mittheilung der „Berliner Börsen-Zeitung“ war er einer der bedeutendsten Diktatoren am Berliner Börse, also nicht weniger Banquier, wie Industrieller. Er wird es wohl vorzugsweise dieser Eigenschaft zu danken gehabt haben, daß er als einziger Industrieller dem engern Ausschuss der sogenannten Reichsbank angehörte.

— Scrophulöses Gesindel. Vor einigen Tagen starb zu Halle der berühmte Christlich-germanische „Löwe von Halle“, Geschichtsprofessor Heinrich Leo, der Urheber des famosen geflügelten Wortes: „Ein irrischer, frühlicher Krieg ist von Zeit zu Zeit nöthig, damit das scrophulöse Gesindel abnimmt.“ Herr Leo bewies beiläufig durch diesen klaffenden Ausdruck die vollständige Unfähigkeit, die Thatsachen richtig aufzufassen, richtig zu denken, und richtige Schlüsse zu ziehen. Das scrophulöse Gesindel, das durch unrichtige Aesthetik erzeugt wird, läßt sich bekanntlich nicht als „Kanonenfutter“ gebrauchen. Es wird bei den „Stellungen“ sorgfältig austrainiert, und bleibt in Kriegsjahren weit vom Schuß, während die Richtscrophulösen frisch und fröhlich todt oder zu Krüppeln geschossen werden. — In den Napoleonischen Kriegen, welche die Blüthe des Volkes verschlangen, dominierte in Frankreich das „scrophulöse Gesindel“, und wenn in Deutschland die Blüthe- und Eisenperiode noch lange dauert und uns noch mit ein paar „fröhlichen, frühlichen“ Kriegen beschenkt, wird schließlich unsere ganze Bevölkerung aus „scrophulösem Gesindel“ bestehen.

ab, kann aber durchaus nicht von ihm erfordert werden. Nun nehmen Sie statt 10,000 Menschen Millionen an — wird, kann sich etwas am prinzipiellen Verhältniß ändern? Versuchen Sie doch, diese einfachen Schlussfolgerungen zu entkräften.

Sind Sie aber, wie wir glauben, vollkommen unwiderleglich, ebenso unwiderleglich wie: zweimal zwei ist vier, so haben Sie die Wahl: Entweder Sie widerrufen Ihre Behauptung, daß Gerechtigkeit Ihr Prinzip sei, dann kämpfen wir mit offenem Bist; oder Sie suchen mit uns eine Organisation der Gesellschaft anzustreben, welche wenigstens auf der Basis des Gerechtigkeitsprinzips ruht.

Ein solches Gerechtigkeitsprinzip kann aber nur dann eingeführt werden, wenn — das ergibt sich aus Obigem — Jedem die prinzipielle Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Produktionsmittel so zu benutzen, daß er ohne Benachtheiligung seines Nebenmenschen das für sein Leben Nothwendige erarbeiten kann. Dies ist nun, äußerlich betrachtet, auf zweierlei Weise zu bewerkstelligen. Erstlich durch gleiche Vertheilung aller Produktionsmittel und Vertheilung der Produkte, soweit dieselben Genutzmittel sind. Ein Drittes giebt es nicht. Die erste Möglichkeit dürfte nicht mehr zu diskutieren sein, da der Erfolg eines solchen sinnlosen Unternehmens, wenn es überhaupt durchgeführt werden könnte, nur der sein müßte, in Kurzem wieder zu unserm jetzigen Zustand zurückzutreiben.

Wie steht es aber mit der Gemeinsamkeit der Produktionsmittel? Gesezt, dieselbe bestände bereits, welche Konsequenzen würden sich aus ihr ergeben müssen? Betrachten Sie der leichteren Uebersichtlichkeit halber einmal jene Gemeinschaft von 10,000 Menschen. Alle hätten darin Theil an sämtlichen Produktionsmitteln. Sie würden sich organisiren, dieselben zum Vortheil Aller anzubieten.

Hier kämen nun zwei Momente in Betracht. Jeder hätte ein dringendes Bedürfnis, gerade so verwendet zu werden, wie es seinen Fähigkeiten angemessen ist; seine Mitmenschen ebenso verwendet zu sehen, solche Leute zur Leitung, zur Berechnung des Bedarfs, zur Organisation der Arbeiten verwendet zu sehen, deren Charakter und Kenntnisse den meisten Vortheil für's Ganze versprechen. Andererseits hätte Jeder, um seinen Fähigkeiten gemäß verwendet zu werden, das äußerste Interesse daran, dieselben möglichst auszubilden, nie in der Vervollkommnung seiner selbst zu ruhen, sein Verhalten so einzurichten, daß es alles Vertrauen erwecke, mit einem Wort möglichst tüchtig und vielseitig zu sein.

Warum wohl? Denken Sie, am Ende einer gewissen Zeitperiode werde ein reichlich veranschlagtes Arbeitsbudget für die folgende Periode festgestellt, und es ergebe sich, daß a) Arbeitszeit für Verwaltung, b) für Verwaltung, c) für Fabrikarbeit, d) für Landbau u. nöthwendig sei, so werden Alle das Bestreben haben, vorzugsweise mit dem beschäftigt zu werden, wozu sie die meiste Neigung in sich verspüren, und werden sich zu dieser Beschäftigung melden. Die Wahl der Gesamtheit oder einer Arbeitsgruppe entscheidet über die Verwendung. So ist Jeder, das sage ich hier schon auf Ihre späteren Einwände, auf's energichste gepornt, nach dem Höchsten zu streben; er ist niemals ohne Aussicht, sein Ziel, wenn nicht das eine, so doch das andere Mal zu erreichen.

(Fortsetzung folgt.)

## Correspondenzen.

Brüssel, 24. April. (Zur sozialistischen Werththeorie.) Ich erlaube mir die geehrte Redaktion des „Vorwärts“, bezüglich des letzten veröffentlichten längeren Aufsatzes: „Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie“ um Aufnahme folgender Bemerkungen zu bitten.

Zu meinem nicht geringen Erstaunen drückt sich der Verfasser jenes Aufsatzes, um darzutun, daß sich der Werth einer Waare nicht nach deren Angebot oder Nachfrage richtet, in folgendem sonderbaren Raisonnement aus:

Wie wenig es in Wahrheit Angebot und Nachfrage sind, die den Werth der Waaren bestimmen, könnten die Herren Kapitalweihen sehr klar erkennen, wenn sie etwa auf die Idee kämen, eine Coalition aller Käufer zu Stande zu bringen, welche sich vornähme, den Schuftern für ihre Stiefel nicht mehr als 1 Thlr. pro Paar zu geben, während der heutige Tauschwerth 5 Tgr. ist und lieber so lange in Schlafschuhen oder barfuß zu gehen. Nach ihrer Theorie müßte nun auch der Werth der Stiefel, da sich über 1 Thlr. keine Nachfrage vorfände, schließlich auf diesen Betrag zurückgehen.

Ich fürchte aber, die Herren Gelehrten würden lange barfuß zu laufen haben und könnten sich bei dem Wetter, Gott behüte, gar noch erkälten, bevor sie ihren Willen durchsetzen. Es würden vielleicht schließlich die bereits vorhandenen Stiefel, um sie nicht gänzlich zu Grunde gehen zu lassen, weit unter ihrem Werth, für den gebotenen 1 Thlr. verschleudert werden, etwa so wie bei Auktionen die Waaren oft weit unter ihrem Werth weggehen; dann wäre der Spas aber auch zu Ende. Es würden überhaupt gar keine Stiefel mehr verfertigt werden und unsere Herren Nationalökonomien ständen mit ihrer Weisheit da, wie eine gewisse Gattung belebter Wesen auf einer Anhöhe.

Ohne hier näher auf den Grund — über den ich übrigens mit dem Herrn Verfasser vollständig einig bin — der Sache eingehen zu wollen, möchte ich mir doch die Frage gestatten, ob dergleichen wenig ernstliche Deduktionen in einem wissenschaftlich gehaltenem Artikel am Platze sind?

Es ist leider ein in den deutschen Köpfen verbreiteter Fehler, um die Wahrheit oder Unwahrheit einer Behauptung klar zu legen, zu einer schwächlichen, ungeschickten Beweisführung und zu einer verworrenen Sophistik und Dialektik à la Hegel zu greifen, welche wirklich für den gesunden Menschenverstand nicht geeignet sind.

Der Verfasser des oben citirten Aufsatzes hält die Herren Kapitalweihen und Nationalökonomien denn doch für größere Geisler, als sie in Wirklichkeit sind, wenn er denselben zumuthet, sie sollten, um klar zu erkennen, wie wenig Angebot und Nachfrage den Werth der Waaren bestimmen, auf die verrückte Idee kommen: alle Käufer von Schuhen zu coalisiren.

Zu einer so einfältigen und absolut unausführbaren Idee wird selbst der eragrirteste Sozialistenfresser seine Zuflucht nicht nehmen und es wäre um die sozialistische Werththeorie schlecht bestellt, wenn alle Gemerke denselben auf so utopischen Beispielen basirt wären, wie dasjenige, welches der oben erwähnte Verfasser herausgetastet hat.

Welchen Nutzen hat es überhaupt herumzugrübeln, was wohl die Wahrheit ist, wenn diese oder jene komische Idee im Kopfe der Herren Nationalökonomien in den Köpfen einer Gesellschaft auftauchen sollte?

Wenn Sozialisten Borliebe zu derartigen Raisonnements zeigen, so könnte man nicht geneigt sein, Bastiat Recht zu geben, welcher sagt:

„Was den Sozialismus von der Volkswirtschaft gründlich unterscheidet, das ist die Verschiedenheit ihrer Methoden. Der Sozialismus, wie die Astrologie und die Alchemie, entwickelt seine Lehren nach Einbildung (imagination), während die Volkswirtschaft, gleich wie die Astronomie und die Chemie, nach Beobachtungen debuzirt.“

Allerdings weiß Bastiat nicht, was überhaupt der Sozialismus ist, und er verwechselt ihn mit den Gräbelen eines Owen, Fourier und anderer Phantasie-Menschen. Dagegen bastiren sich die Sozialisten — wenigstens sollten sie es — stets auf Beobachtungen von Thatsachen, aus denen sie Schlüsse ziehen.

Aber Schlüsse ziehen aus Ereignissen, die allenfalls mal eintreten könnten, oder sogar aus solchen, welche überhaupt gar nicht eintreten können, das ist kein wissenschaftliches Verfahren, und das oben angeführte Beispiel beweist nichts, weder für noch gegen die sozialistische Werththeorie.

E. D.

Berlin, 30. April. Vorgestern hat unsere Stadt wieder einen Tag erlebt, wie er der wahren Demokratie würdig ist. Zwar hat dieser Tag uns, der Sozialdemokratie, auch ein herbes Opfer gekostet, aber ohne Opfer geht es nun einmal in dem Kampfe gegen die Reaktion nicht ab, und wohl der Partei, die noch Opfer zu bringen versteht — wären es auch Opfer an Menschenleben. Und ein solches Opfer hat unsere Partei der heut am Ruber stehenden Gewalt gebracht in dem dahingegangenen und am 28. April zur letzten Ruhe geleiteten Parteigenossen und Redakteur der „Berliner Freien Presse“ — in Dentler. Die Leidensgeschichte dieses Märtyrers ist unseren Lesern bekannt, es fällt uns daher nur noch die Aufgabe zu, von der herzerhebenden Beerdigungsfeierlichkeit zu reden; und zwar wollen wir dies durch die Worte unserer Gegner thun, die — wenigstens zum Theil — von Bewunderung vor einem Heroismus hingerissen, wie ihn Dentler bewiesen, den Hut vor dem Bestorbenen ziehen. Hören wir also, wie sich z. B. die „Magdeburger Zeitung“ über das Beichenbegängniß ausläßt:

„Sonntag (28. April) Nachmittags gegen 2 Uhr füllte den Platz vor dem Neuen Thore und die angrenzenden Straßen bereits eine unenbliche Menschenmenge. Zahlreiche sozialdemokratische Frauen und Mädchen versammelten sich unter Leitung der Frau Hahn am Plage vor dem Neuen Thore, andere wieder an der Unterbaumsbrücke unter Leitung einer Frau Kothke. Sämmtliche sozialdemokratische Gewerkschaften, die Parteigenossen des Nordost-Distrikts, des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, die Parteigenossen von Friedrichsberg und Umgegend und endlich die Charlottenburger Parteigenossen erschienen sämmtlich in geordneten Rügen. In der sehr geräumigen Leichenhalle der Charité (Nouisenstraße) waren die irdischen Ueberreste Dentler's aufgebahrt. Verhältnismäßig nur wenige Personen, darunter die Braut, die Mutter und Schwester des Bestorbenen, umstanden den Sarg, den zwei große Kränze mit rothseidenen Schleifen, gesandt von der Redaktion und Expedition der „Berliner Freien Presse“ und den Dresdener Sozialdemokraten, zierten. Pünktlich gegen 3 Uhr Nachmittags wurde der Sarg auf den Leichenwagen gehoben. Still und lautlos setzte sich der unabsehbare Zug, der seinen Weg über die Invalidenstrasse nach dem in der Bappell-Allee belegenen, der hiesigen freireligiösen Gemeinde gehörenden Friedhofe nahm, in Bewegung. Die Ordnung war eine geradezu musterhafte. Ungefähr 10,000 Personen nahmen am Zuge Theil. Zwei reitende Schutzleute eröffneten denselben. Alsdann folgten die Mitglieder des „Bereins der werththätigen Bevölkerung Berlins“, sodann der Leichenwagen. Hinter demselben gingen das Redaktions-, Expeditions- und Druckereipersonal der „Berliner Freien Presse“ und die Abgeordneten Auer und Most. Alsdann kamen die Frauen und endlich die verschiedenen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereine. Rothbesleihte Knopflöcher und auch Kränze waren, im Gegensatz zu der heinsch'schen Beerdigung, nur selten zu bemerken. Als der Leichenwagen in das Portal des Kirchhofes einfuhr, intonirten die verschiedenen sozialdemokratischen Gesangsvereine. Am Grabe sprachen die Herren Rackow und Most. Herr Auer legte im Namen und Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, der gegenwärtige verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Herr Leopold Schapira, im Namen der Redaktion und Expedition dieser Zeitung, und endlich Frau Hahn, im Namen der sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Berlins, einen Kranz auf das Grab Dentler's nieder. Mit einem nochmaligen Gesänge endete die Leichenfeier gegen 7 Uhr Abends.“

So die „Magdeburger Zeitung“. Wieder also wäre einer der Guten und Edlen dahin, denen nachzustreben unser aller Aufgabe sein muß. Ja, in demselben Maße, in dem wir wie die so früh verschiedenem Genossen Heinsch und Dentler für die Idee des Sozialismus zu kämpfen und auch zu leiden verstehen, in demselben Maße ehren wir auch das Andenken dieser beiden Märtyrer des Sozialismus. Also kämpfen wir wie Heinsch und Dentler und wir haben ihnen ein Denkmal für ewige Zeiten gesetzt.

Stettin, 19. April. Gründlicher sind die beiden Söldlinge der „Christlich-sozialen Partei“, Grüneberg und Käster, wohl nirgends heimgeschickt worden, als hier in Stettin in Pommern. Ja, in Pommern, mögen die beiden Renegaten gedacht haben, da werden wir wohl günstigere Resultate erzielen, da werden wir uns wohl schadlos halten können für all die anderwärts erlittenen Niederlagen. Aber die beiden Stöderianer hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Den Bödsinn, welcher von diesen beiden neuen Propheten in der am 11. ds. Mts. von dem Renegaten Bilowski einberufenen öffentlichen Versammlung, welche wir übrigens durch Besetzung des Bureaus, sowie in ihrem ganzen Verlaufe vollständig in den Händen hatten, vorgebracht wurde, in dem „Vorwärts“ gedruckt zu sehen, wäre zu viel verlangt. — Der Bödsinn gipfelt in dem Satz: Der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie ist nicht durchführbar — nur der Glaube könne helfen. An der Debatte betheiligte sich von „Christlicher“ Seite noch Herr Zielowski und Pastor Förer, und wollte Ersterer seine Ausstoßung aus der sozialdemokratischen Partei als unmotivirt hinstellen, indem er erzählte, er wäre wegen einer „demokratischen Handlung“ ausgestoßen worden und weil er unsere frühere „Stettiner Freie Zeitung“ in Kostod habe drucken lassen. Darauf wurde ihm vom Genossen Hofschick erwidert, daß er nicht deshalb ausgestoßen sei, sondern weil er habe Parteigenossen dem Staatsanwalt denuncirt. Der hier zufällig anwesende Genosse Grün aus Berlin trat der „Stödererei“ und speziell den ihm näher bekannten Grüneberg und Käster zu wiederholten Malen energisch entgegen. — Der Antrag: beantragte, in der heute von der „Christlich-sozialen“ Partei einberufenen öffentlichen Versammlung eine Kellersammlung zum Besten der Gemäßigten der Sozialdemokratie; ferner die Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt, daß die Stettiner Arbeiter das Treiben der sich „Christlich-sozial“ nennenden Partei verabscheuen, indem dieselbe die Arbeiter von ihren wahren Zielen ablenken wolle; nur die Sozialdemokratie ist die wahre Arbeiterpartei“ — wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Unter begeisterten Hochs auf die Sozialdemokratie

wird dann die Versammlung geschlossen. Wenn die Leiter der „christlich-sozialen Partei“ keine anderen Kämpfer für ihre Sache ins Feld zu führen haben, als die beiden traurigen Ritter Gräberberg und Küster, so ist es wirklich jämmerlich um sie bestellt.

**Schluß, 26. April.** (Der „Segen“ des Haftpflichtgesetzes.) Vor längerer Zeit verunglückte in hiesiger Zementfabrik ein dafelbst beschäftigter Arbeiter dadurch, daß ihm beim Fortschaffen eines schweren eisernen Gegenstandes derselbe auf den Fuß fiel und ein Vierteljahr zu, ehe er wieder arbeitsfähig wurde. Während dieser Zeit erhielt er aus der Fabrikfrankenkasse wöchentlich 6 Mark und als Abfindungssumme für erlittenen Verlust und ausgestandene Schmerzen 30 Mark. Dies bewies doch zur Genüge, daß die Direktion die Schuld des Unglücks nicht auf den Arbeiter wälzen konnte, weil es in solchen Fällen derartigen Renten selten einfällt, den Benteil zu ziehen. Der Arbeiter war mit der geringen Summe nicht zufrieden und betrat den Prozeßweg. Herr Direktor Bettzig äußerte, als der Arbeiter um eine höhere Entschädigung anhielt, daß, da er mit der Unterstützung nicht zufrieden sei, er auch nichts mehr bekomme; lieber solle es das Gericht nehmen, es könne da kosten was es wolle. — Der Arbeiter wandte sich an einen Advokaten in Altenburg, der die Sache übernahm und die besten Erfolge in Aussicht stellte. Nun wird wohl auch ein Jeder der Ansicht sein, daß die Fabrik für den Schaden aufzukommen habe; dem ist aber nicht so. Herr Advokat aus Altenburg, als Sachverständiger, hatte ausgesetzt, ein solcher Gegenstand lasse sich ohne Gefahr durch vier Mann transportieren. Dadurch war die Fabrik außer aller Verantwortung und Schuld gestellt und der Arbeiter hatte die Kosten, ca. 25 Mark, zu bezahlen. Da er dies nicht konnte, so wurde er ganz einfach ausgepfändet. Jetzt kommt nun auch der Herr Advokat und läßt ihn durchs Gericht auf den Betrag seiner Wühwaltung, in der Höhe von 26 Mark, mahnen. Der Arbeiter hätte in den 14 Wochen à 12 Mark, 168 Mark verdient; rechnen wir die erhaltene Kranken-Unterstützung 14 mal 6 Mark = 84 Mark, mit den allergnädigst überreichten 30 Mark zusammen, so sind dies 114 Mark. Hiervon kommen die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten in Höhe von 51 Mark in Abzug, und verbleiben demnach 63 Mark Einkommen; mühen erlitt dieser arme Mann außer seinen großen Schmerzen und dem Kummer noch einen Gesamtverlust von 105 Mark, und die Direktion der Zementfabrik ist — schuldlos! — Das ist der „Segen“ des Haftpflichtgesetzes für einen Arbeiter.

**Ansbad, 20. April.** Ueber den Fortgang der sozialdemokratischen Bewegung auf hiesigem Boden und der Umgebung kann ich Ihnen nur Günstiges vermelden. Insbesondere ist es das Landvolk, welches anfängt, seiner geistigen Reife entgegenzugehen, das Joch, welches ihm von unseren „durch und durch deutschen Männern“ aufgebunden wurde, abzuschütteln und selbstbestimmend für sein leibliches und geistiges Wohl einzutreten. Die Sendungen des „Vorwärts“ und des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ brauchten wir nicht zu colportieren, sie wurden bei uns abgeholt; man bot uns sogar Geld dafür an, doch wir schlugen es aus. Nachdem die Agitation auf diese Weise betrieben worden war, zogen wir verflochten Sonntag mit neuem Proviant für helle Köpfe auf Jaspierung nach allen Richtungen der Windrose aus und heute folgt der Rapport. Wenn auch bei Einzelnen noch Zweifel zu haben sind, so werden dieselben doch durch eifriges Agitieren baldigst beseitigt werden. Wir haben es uns zum Prinzip gemacht, Niemanden durch maskierte Redensarten — wie sie uns so gerne imputiert werden — zu bestechen zu suchen, sondern denselben das Martyrium vor Augen zu führen, das sie erwartet, sobald sie zu unserer Fahne schwören. Genossen trotzdem erworden, ist ein Sieg und solche Siege können wir jetzt ziemlich viele verzeichnen. Wenn fleißig weiter agitiert wird, können wir unseren Gegnern in einigen Jahren auch hier ein Paroli biegen. Unsere Gegner stopfen sich die Ohren zu und dennoch müssen sie das Herwächliche „Raum Ihr Herren dem Flügelschlag einer freien Seele!“ sich in die Ohren lassen; nicht Teutoburgs Wald wird diesmal der Schauplatz eines Niefenkampfes sein, nein, die halbe Welt wird mit Euch Wählern und Fürstentümern kämpfen und der Ruf: „Vorwärts gib mir meine Legionen wieder“ mag Euer Schwanengesang, Euer Todesurteil sein.

**Freihan, Kreis Wittich (Schlesien), 24. April.** Ich halte es für meine Pflicht, einen Bericht über die Verhältnisse hiesiger Gegend dem „Vorwärts“ einzusenden. Wie bekannt ist, fand im Wittich-Triebener Wahlkreis eine Neuwahl statt, wo an Stelle des verstorbenen Grafen Malzan, der conservativer Fürst Haysfeld gewählt wurde. Der Arbeitercandidat Jul. Kräder aus Breslau erhielt trotz der denkbar größten Hindernisse, die uns in den Weg gestellt wurden über 2000 Stimmen. Es ist dieses ein sehr erfreuliches Resultat, denn am 10. Januar 1877 ist nicht eine Stimme für einen sozialistischen Candidaten abgegeben worden. Wenn auch nun allerdings nicht behauptet werden kann, daß alle die Wähler, welche den sozialistischen Candidaten gewählt haben, Sozialdemokraten sind, so haben sie doch durch ihre Wahl öffentlich bewiesen, daß sie mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zufrieden sind, nicht zufrieden sein können und daß, wenn es besser werden soll, eine radikale Aenderung der Dinge angebahnt werden muß. Wie notwendig diese Radikalfur ist, das mag folgendes beweisen: Es erhalten zum Beispiel die im gutberuflichen Lohn stehenden Landarbeiter bei angelegener Arbeit vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung 50 bis 60 Pfennig pro Tag. Es liegt auf der Hand, daß man mit 50 Pfennig nicht im Stande ist, sich und seine Familie zu ernähren (zumal da diese Leute im Winter höchstens 18—20 Pfg. pro Tag verdienen); die natürliche Folge davon ist, daß diese Leute, trotzdem sie von früh bis spät angestrengt arbeiten und ihre Nahrung fast nur aus Kartoffeln besteht, bei alledem noch Stehlen gehen müssen, um sich wenigstens nothdürftig zwischen Leben und Tod erhalten zu können. Und das trotz Arbeit und Entbehrung! O göttliche Weltordnung! Den kleinen Landwirthen, dem sogenannten „Mittelstand“ hier ergeht es nicht besser, ja es muß sogar ausdrücklich constatirt werden, daß das Verhältnis sich theilweise noch weit schlechter gestaltet als bei den vorhin bezeichneten Lohnarbeitern. Der kleine Landwirth hat, selbst wenn er keine Hypothekenschulden hat, vollauf zu thun, um seine Abgaben zahlen zu können. Hauptsächlich ist es der aus dem Mittelalter stammende Grundzins, Rente genannt, und die ungeheuren Communalabgaben, die den Arbeiter und Kleinbauern drücken. O über eine solche Weltordnung, die sich noch hält in den Mantel der christlichen Liebe!

**Lörrach, 18. April.** Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter W. Bloß aus Hamburg hielt hier am 16. d. M. einen Vortrag über: „Die Thätigkeit des Reichstags“ vor einer von circa 400 Personen besetzten Versammlung. Wie vorauszusetzen, sprach der Vortrag allenthalben an, so daß selbst der hier erscheinende „Oberländer Votum“ nicht umhin konnte, im Großen und Ganzen sich mit Bloß einverstanden zu erklären. Der

Schluß des Berichts im „Oberländer Votum“, welcher sich folgendermaßen ausdrückt: „Eines vermischen wir in der Rede des Herrn Bloß, die Ermahnung zu der Tugend der Enthaltbarkeit und Sparbarkeit und die Verpöndung des Lasters der Genusssucht, der Verschwendung und Arbeitscheu, Schäden, die in der heutigen Zeit immer mehr Boden gewinnen. Wenn er dieses Thema seinem Programm einverleibt und auf diesem Felde Erfolge erzielt, so wird ihm dafür der Dank der Menschheit nicht ausbleiben und ein wesentlicher Theil der sozialen Frage gelöst sein“ — scheint mir einer näheren Ermahnung werth. Für's Erste gehörte das, was der „Oberländer Votum“ über „Tugend der Enthaltbarkeit und Sparbarkeit“, die „Verpöndung des Lasters der Genusssucht, der Verschwendung und Arbeitscheu“ sagt, gar nicht zur Sache. Wenn Herr Bloß sich auf die Behandlung dieser Materie aber dennoch eingelassen hätte, so kann der „Oberländer Votum“ versichert sein, der Redner hätte sich gehütet, den ohnehin schon darübenden Arbeitern noch die „Tugend der Enthaltbarkeit“ zu predigen. Auch hätte er gar nicht nöthig, sich vor Arbeitern zum Sittenprediger aufzuwerfen und das „Laster der Genusssucht, der Verschwendung und Arbeitscheu“ zu verpönden, füttemalen die Genusssucht, Verschwendung und Arbeitscheu Laster sind, die man weniger haben, sondern viel mehr im jenseitigen Lager, unter den Bourgeois antrifft.

**Schalksmühle, 27. April.** Das amtliche „Fuldaer Kreisblatt“ debütiert in Nr. 34 mit folgender Leistung eines Marburger Correspondenten: „Marburg. Angeblich von Gewissenbissen getrieben, hat vor einigen Tagen ein hier beschäftigter Schreinergehilfe aus Schalksmühle bei hiesiger Polizeiverwaltung sich als Verüber mehrerer Diebstähle und einer Brandstiftung angeklagt. Seiner Erklärung zufolge lasten auf dem Selbstankläger nicht allein Kameradendiebstähle an Uhren und Geld und die einem Meister zugesagte Entwendung von 100 Mark, sondern auch das Verbrechen in Göttingen — wo er in Arbeit stand und sein Meister ihm die verlangte Lohnerhöhung verweigerte — ein dem Staate gehöriges Heu- und Strohmagazin in Brand gesteckt zu haben, damit das neben diesem gelegene Haus seines Meisters, wie es auch wirklich geschehen ist, mitabzubrennen sollte. Der Selbstankläger erklärte seine verbrecherischen Handlungen als Folgen der sozialdemokratischen Agitationen, denen er seiner Zeit mit Fanatismus dienbar gewesen sei.“ — Ein Blatt, das, um den Philistern bange zu machen, sich nicht scheut, gegen unsere Partei eine solche Infamiation zu verüben, verdient nichts anderes, als schweigende Verachtung. Wir erwähnen den Fall nur, um unseren Lesern zu zeigen, welche böswillige Geisteskrüppel unsere Gegner in's Feld stellen.

#### An die Schuhmacher Deutschlands!

Neun Wochen schon liegen wir im Streit und nochmals müssen wir an Eure Opferwilligkeit appelliren, da in den letzten 14 Tagen auch nicht ein Pfennig Unterstützungsgelder von anderen Collegen eingegangen ist. Es liegt vielleicht an den schlechten Zeiten, daß es unsern Collegen nicht möglich ist, uns weiter zu unterstützen. Wir sind überzeugt, daß die Mitgliedschaften wieder einiges Geld vorrätzig haben, wir können daher nicht begriffen, warum die Collegen mit dem Gelde so zurückhaltend sind. Wir waren in den letzten Tagen in Verlegenheit und sind es noch, und müssen immer den Verwaltungsrath um Hilfe anfragen, was doch eine mißliche Sache ist. Also Collegen thut Eure Schuldigkeit, damit wir nicht andere Arbeiter in Anspruch nehmen müssen. Aber schnelle Hilfe thut Noth und wir werden siegen, wenn uns die Collegen nicht im Stich lassen.

**Offenbach.** Im Auftrage des Strikkomitè's: Peter Ruffig, Vorsitzender.

#### An die Schneider Deutschlands!

Zwei Krankenkassen existiren hier, eine Junktasse und eine freie Kasse, die letztere seit 1876. Die Junktasse, selbstverständlich unter der Verwaltung der Junktmeister stehend, hatte vor 2 Jahren ein Defizit von nahe 600 M. und ist heute vermutlich in ähnlichen Verhältnissen. Die freie Kasse verwaltet die Mitglieder selbst und besitzt dieselbe ein Vermögen von 500 M. Die Junktmeister verschiedener Geschäfte wollen nun keinen Arbeiter einstellen, bevor er nicht Mitglied der Junktasse wird. Wir eruchen deshalb die Collegen Hannover (soviel wie möglich zu meiden; unter allen Umständen aber nur nach dem Befehlslokal, Schmeidestraße 53 bei Herrn Steingauße einzulehren, wo sie das Nähere erfahren.

Alle Arbeiterblätter werden um schleunigen Abdruck der obigen Zeilen gebeten.

**Hannover, 29. April.**

#### An die Parteigenossen im Großherzogthum Hessen!

Bezugnehmend auf die in den Nrn. 40 und 45 d. Bl. enthaltenen Aufrufe an die hiesigen Mitgliedschaften unterer 3 rtes geben wir denselben hiermit die Tagesordnung zu dem am Sonntag, den 5. Mai d. J. hier stattfindenden Delegirtencongreß bekannt. Sie besteht in folgenden 3 Punkten: 1) Das Wahlgesetz zur hiesigen Ständekammer und dessen Zusammenlegung. 2) Wie wollen wir uns den bevorstehenden Landtagswahlen gegenüber verhalten? 3) Wie ist eventuell die Agitation am besten zu betreiben? Indem wir nochmals zu recht zahlreicher Besichtigung auffordern, machen wir die Delegirten darauf aufmerksam, daß mehrere mit rothen Schleifen versehene Genossen sie am Bahnhof empfangen werden.

**Darmstadt, 28. April 1878.** J. A.: Max Förster.

#### Gewerkschaftliches.

**Kassel, 23. April.** Heute fand hier unter zahlreicher Theilnehmung eine gemischte Versammlung der hier bestehenden Gewerkschaften statt. Tagesordnung: 1) Die Pariser Weltausstellung. 2) Der Vereinigungsgongreß. Nachdem Pfannsch und Markus gesprochen hatten, gelangten folgende Punkte zur Abstimmung und einstimmigen Annahme. 1) Die bestehenden Gewerkschaften zu Kassel beantragen, die Verwaltungen der Gewerkschaften zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Mittel und Wege angebahnt werden um die Weltausstellung zu Paris durch einen oder zwei Delegirte zu beschicken. 2) Die hier am Orte bestehenden Gewerkschaften, als: Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Zigarren- und Metallarbeiter, erklären, sich gemeinschaftlich durch einen Delegirten auf dem Vereinigungsgongreß vertreten zu lassen. Auch wurde ein Agitationscomitè gewählt. Alle Briefe in Betreff der Agitation sind von jetzt ab an J. Meise, Marktstraße 27 zu adressiren. Es werden sämtliche Gewerkschaftsblätter ersucht Obiges zum Abdruck zu bringen.

**J. A.: F. Röser.**

Alle Briefe und Anmeldungen von Delegirten zur bevorstehenden Generalversammlung resp. zum Allgemeinen Gewerkschaftsgongreß sind zu richten an Hrn. A. Ebert, Jakobstraße 11 und 12, 2 Tr. in Magdeburg.

Die Commission.

Alle Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck obiger Zeilen gebeten.

#### Briefkasten

der Redaktion. K. S. in Leipzig: Da Herr Perls selbst zugestimmt hat, daß er in seinem Briefe an die Redaktion des „Vorwärts“ gelogen hat, als er uns der verläumdlichen Erklärung bezichtigte, so sehen wir nicht ein, weshalb wir uns länger mit diesem Knäblein beschäftigen sollen. Herr Schäffer wird übrigens den Rechtsweg be-

reiten müssen, wie wir von vornherein bemerkten, um zu seinem Guthaben zu gelangen. Ueber den Vorwurf der systematischen Chrobischnerei gehen wir lächelnd hinweg; er trifft uns nicht, und in diesem besonderen Falle erst recht nicht, da man doch dort nicht Etwas abschneiden kann; wo Nichts vorhanden ist. — K. in Berlin: Sie fragen, welche Schreibweise die richtige sei: mix pickles oder Mixpickles. Keine von beiden. Das Wort ist englisch, heißt vermischte eingemachte Vegetabilien (Bohnen, Blumenkohl, Garten u. s. w.) und wird geschrieben: Mixed pickles. — H. A. in B. d. J.: Das hiesige Gericht hat in verschiedenen und bekannt gewordenen Fällen für die Eintragung ins Dissidentenregister 1 Mark erhoben. — H. in Frankfurt a. O.: Klute befindet sich im Gefängniß zu Zeitz.

**Fonds für die Gemafregelten.**  
Von Präf Wiesbaden 0,75.

**Frankfurt a. M. u. Ung.** Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts“, „Neue Welt“, „Kundschau“, „Die Zukunft“, „Berliner Freie Presse“, „Volkstreu“, „Neue Gesellschaft“, „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adresskarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

**H. Knoke, Kleine Eichenheimerstraße 34, 2. Etg.**  
NB. Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Sonntag, den 5. ds. Mts. das Abonnementgeld erhoben wird. Derjenige, der noch für 3. und 4. Quartal 1877 und 1. Quartal 1878 mit Abonnementzahlung im Rückstande, können vor Berichtigung derselben kein Blatt mehr erhalten.

**Hamburg.** Am Sonnabend, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Salon zum Roland:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Besprechung der Lasttour. 2. Der Gewerkschaftsgongreß.  
Der Vorstand. [70]

**Hannover.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Sonnabend, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:  
**Geschlossene Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Abrechnungen und Verschiedenes.  
Der Vorstand. [70]

**Hannover.** Ich empfehle den Parteigenossen mein auf dem Viehmarkt während des Jahresmarktes am 6., 7. und 8. Mai errichtetes Restaurations-Zelt. (R. 167) [1,20]  
Für gutes Getränk werde ich Sorge tragen.  
C. Finf.

**Harburg.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Sonnabend, den 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Hrn. Brecken, Rathausstraße Nr. 13: [1,20]  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Vortrag eines Parteigenossen über „Recht und Recht“.

**Sonnabend, den 18. Mai:**  
**Außerordentliche Generalversammlung.**  
Tagesordnung: Einführung neuer Statuten und Gründung eines Lokalblattes.  
Der Vorstand.

**Hildesheim.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:  
**Mitgliederversammlung**  
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50]

**Unterstützungsverein der Metallarbeiter**  
für Leipzig und Umgegend.  
Sonnabend, den 4. Mai, Abends 1/2 9 Uhr, im Lokal des Herrn Träger, Lauchertstraße Nr. 12:  
**Generalversammlung.**

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Wahl des Gesamtvorstandes. 3) Anträge. Nichtanwesende zahlen nach § 28 25 Pf. Ordnungstraße. Die neuen Statuten kommen zur Ausgabe.  
NB. Diese Versammlungen finden von obigem Tage an jedem Sonnabend Abend statt, woselbst immer neue Mitglieder aufgenommen werden. [1,90]

**Krankenkasse der Metallarbeiter**  
für Leipzig und Umgegend.  
Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr: Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokal des Hrn. Träger, Lauchertstraße Nr. 12.

**Minden i. W.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirt, Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40]  
Hrn. Heinrich Kläver zu seinem 56jährigen Geburtstag die besten Glückwünsche. (R. 300) [60]

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

**Die Freiheit.**  
Büste in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büste „Liberté“.  
Preis pro Stück in Weiß 2 Mark, in Eisenbleimton 2,50 Mark.  
Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.  
Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

**Armer Conrad.**  
**Preisherabsetzung.**  
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für gehetzte, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.  
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.  
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Die Expedition des „Vorwärts“  
Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzler in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.